Samm'ung

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.30. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 3 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 200 || **Sonnabend, den 27. August 1927** || **79. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Verbot von Bauten und Ablagerungen im unzweifelhaften Hochwassergebiete

Die Amtshauptmannschft als Wasseramt ordnet auf Grund von § 87 des Wassergesetzes vom 12. März 1909 folgendes an:

Im unzweifelhaften Hochwassergebiete der folgenden Wasserläufe: Pulsnitz, Große Röder, Hauswalder Bach, Schwarze Elster, Langes Wasser, Kloster-Wasser, Haselbach, Saleskbach, Kleinhänchener Wasser, Wasserstrich, Schöndach Bullerizer Wasser, Weißbach, Mittelwasser, Lichtenberger Wasser, Piskowitzer Hauptgraben, Schwosdorfer Wasser und Jauerbach dürfen ohne rechtliche Erlaubnis keinerlei Anlagen (Bauwerke aller Art, Dämme, Brücken, Aufhöhungen der Oberfläche, Einfriedigungen, Pflanzungen usw.) ausgeführt oder wesentlich geändert werden, die auf den Lauf des Wassers oder die Höhe des Wasserstandes Einfluß haben können. Dasselbe gilt für die Ablagerungen von Steinen, Hölzern und anderen Gegenständen, die ein Hindernis für den Hochwasserabfluß bilden oder fortgeschwemmt werden könnten.

Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nach § 166 des Wassergesetzes bestraft.

Die Nichtbeachtung des vorstehenden Verbotes kann auch zur Folge haben, daß etwa ohne wasserrechtliche Genehmigung errichtete Anlagen wegen der Verletzung öffentlicher Interessen oder wegen Gefährdung der Grundstücke anderer Anlieger bei Hochwasser nach § 168 des Wassergesetzes wieder beseitigt werden müssen.

Kamenz, am 22. August 1927 — **Die Amtshauptmannschaft**

Das Wichtigste

Wie das B. T. aus Baltimore meldet, richtete gestern eine Bombenexplosion in der Kanalisation der Stadt und einem Schauhaus erheblichen Schaden an. Der Zweck des Bombenattentats, die gesamte Kanalisation der Stadt lahm zu legen, schlug jedoch fehl.

In Boston defilierten gestern 6000 Personen an den aufgebarten Leichen Saccos und Vanzettis vorbei. Das Verteidigungskomitee plant in Boston die Errichtung eines Denkmals für die Hingerichteten.

Wie die Berliner Morgenblätter aus Moskau melden, äußerte der in Leningrad aufhaltende amerikanische Finanzmann Lindsay die Absicht, im nächsten Jahre amerikanische Ingenieure zum Studium der Frage einer Luftverkehrslinie Moskau—Peking nach Rußland zu entsenden. Es bestehe die Möglichkeit, daß diese Linie zusammen mit deutschen Kreisen errichtet werde.

Wie verlautet, soll England Verminderung der Rheinlandbesatzung um 10 000 Mann fordern.

Auf der Konferenz der Interparlamentarischen Friedensunion in Paris kam es zu scharfen Auseinandersetzungen.

Der preußische Ministerpräsident fordert die Minister in Preußen zum Boykott der Berliner Hotels auf, mit denen Berlin im Flaggenstreit liegt.

Bei einer Zugkatastrophe auf der Montblanc-Bahn fanden 21 Touristen den Tod.

Der diesjährige Deutsche Bauerntag findet am 24. und 25. September in München statt.

Der Schlußbericht der Botschafterkonferenz über den Abschluß der deutschen Entwaffnung ist, wie die Telegraphen-Union erfährt, dem Völkerbundssekretariat zugegangen. Er umfaßt dem Umfange nach etwa 30 Foliobände.

Die Schwester Vanzettis ist offiziell eingeladen, Moskau zu besuchen, wo sie mit besonderen Ehren empfangen werden soll. Fräulein Vanzetti soll in Moskau in Begleitung mehrerer amerikanischer Kommunisten eintreffen und an einer Konferenz zur Bekämpfung bourgeoisen Terrors teilnehmen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.

Der deutsch-französische Handelsvertrag. — Belastung des deutschen Weinbaues. — Die kritische Lage der deutschen Landwirtschaft. — 125 Millionen Zinsen aus der Industriebelastung. — Was wird die Leipziger Herbstmesse bringen?

Der deutsch-französische Handelsvertrag ist der Oeffentlichkeit nunmehr bekannt. Es ist lange Zeit darum gestritten, es ist an dem Vertragswerk gefeilt worden, jede der beiden Delegationen hat versucht, für ihr Land die besten Bedingungen zu erzielen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in mancher Beziehung der französische Vorteil größer ist als bei uns. Wir haben ein erhebliches Kontingent von Luxusgegenständen aufgenommen und müssen ferner bedeutende Posten französischen Weines aufnehmen. Wenn für die deutsche Exportindustrie kleine Vergünstigungen herausgekommen sind, so wird dies vollständig ausgeglichen durch die Zugeständnisse, die wir an Frankreich gemacht haben.

Wesentlich bei dem Vertrag ist, daß die beiderseitigen Regierungen sich verpflichtet haben, den Handel zwischen den beiden Ländern nicht durch Ein- und Ausfuhrverbote zu beeinträchtigen, wobei aber Frankreich im Zusatzprotokoll gewisse Vorbehalte gemacht hat. Man sieht also auch hier wieder, daß Frankreich das Wort do ut des (ich gebe, damit du gibst) außerordentlich gut zur praktischen Anwendung gebracht hat. Die deutsche Industrie und der Weinbau werden vieles zu tragen haben, was durch den Vertrag vielleicht hätte gebessert werden können. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse für den deutschen Weinbau. Die jetzt wieder aufgetretenen starken Niederschläge haben den Fruchtansatz unterbunden und das Reifen der Traube erheblich geschädigt. Die wenigen warmen Tage sind durch den letzten Witterungsumschlag völlig ausgeglichen. Ganz besonders schlimm sieht es aber in der Landwirtschaft aus. Hier lauten die Berichte geradezu trostlos. Das Brotkorn ist vielfach verfault, die Kartoffeln stehen im Sumpf und dem Obst fehlt die Süße. Die ersten Vorboten der schlechten Ernte hat man bereits durch die Steigerung sämtlicher Produktenpreise an den Börsenplätzen erkennen können. Besonders für Weizen und Roggen sind die Preise in wenigen Tagen scharf nach oben geschnellt, ein Beweis, daß das Material knapp wird, wir also auf die Einfuhr von ausländischem Getreide angewiesen sein werden. Gerade dies ist für die Landwirschaft ein schwerer Schaden, denn man hatte gehofft, daß die diesjährige Ernte, die zuerst so günstig aussah, zu einem wesentlichen Teile durch verstärkte Ausfuhr mit zu einer Besserung der Handelsbilanz beitragen werde. Auch die Milchwirtschaft, der man von Regierungsseite aus besondere Vorteile verschaffen möchte, weil man erkannt hat, daß in der rationellen Ausnützung der Milchproduktion ein starkes Aktivum für die deutsche Volkswirtschaft liegt, wird unter dem Ausfall an Futtermitteln zurückgehen. So treibt ein Keil den anderen.

Auch die Geldlage neigt tendenzmäßig nach oben. Trotzdem müssen wir die Fälligkeiten, die uns aus dem Dawesplan erwachsen, erfüllen. Erst kürzlich hat die Bank für deutsche Industrieobligationen den Betrag von 125 Millionen Goldmark dem Generalagenten für die Reparationszahlungen für Rechnung des Treuhänders für die deutschen Industrieobligationen überwiesen. Die Zahlung stellt die zweite Halbjahrsrate der für das dritte Reparationsjahr vorgesehenen Jahreszinsleistung von 5 Prozent auf die Belastung der deutschen Industrie in Höhe von 5 Milliarden Goldmark dar.

Ein Prüfstein für die kommenden schweren Zeiten wird die diesmalige Herbstmesse in Leipzig sein. Gelingt es nicht, auf dieser Heerschau deutscher Erzeugnisse, die zu einem großen Teile für den Export in Frage kommen, gün-

Englands Forderungen für Verminderung der Rheinlandbesatzung

Die englische Antwort an Paris

Der Parteitag der Wirtschaftspartei — Der Matin zu englischen Note — Die erste europäische Tagung in Dresden
Die Lage in China — Die antideutsche Front in der Interparlamentarischen Friedensunion

♦ **London.** Das englische Kabinett hat sich mit der Frage der Besetzungstruppen im Rheinlande beschäftigt und den Wortlaut der Antwort auf die französischen Vorschläge festgelegt. Diese Antwort ist von Lord Crewe, dem englischen Botschafter in Paris, dem Außenminister Briand überreicht worden. Die amtliche Haltung Großbritanniens ist nach wie vor von folgenden drei Haupterwägungen beherrscht:

1. **Die Verminderung der alliierten Truppen im Rheinland muß in Uebereinstimmung mit den Deutschland gegebenen Zusicherungen ein beträchtliches Ausmaß haben.**
2. **Die Herabsetzung der Truppenzahl muß anteilmäßig erfolgen, d. h. die britische und die französische Besatzungarmee sollen im gleichen Verhältnis vermindert werden.**
3. **Die Frage der französischen Sicherheit ist eine Angelegenheit für sich, deren Verbindung mit der zur Erörterung stehenden Frage weder mit dem Versailler Vertrag noch mit dem in Locarno abgeschlossenen Rheinlandpakt zulässig ist.**

In London geht die Meinung dahin, daß Briands schlechte Gesundheit, die verschiedentlich sein Fernbleiben von Amtsgeschäften verursachte, zu einer gewissen Vernachlässigung der Locarnopolitik durch einige Pariser amtliche und ministerielle Kreise geführt habe.

Ministerrat in Paris.

Aussprache zwischen Chamberlain und Briand.

Paris. Die englische Antwort hat dem Pariser Ministerrat vorgelegen. Es scheint nicht, daß zwischen London und Paris auf diplomatischem Wege noch eine Einigung in dieser heiklen Frage erzielt werden kann, und man läßt bereits durchblicken, daß Sir Austen Chamberlain, der am Dienstag in Paris eintrifft, die Gelegenheit benutzen wird, um mit Briand persönlich eine Aussprache über dieses Problem herbeizuführen.

London und Paris sind einig — sagt Briand.

Außenminister Briand erklärte nach Beendigung des Ministerrats, daß die Einigung zwischen London und Paris in der Truppenverminderungsfrage nunmehr „sicher" sei.

*

Man wird sich erinnern, daß der französische Außenminister bereits vor einigen Tagen diese Feststellung machen zu können glaubte, die durch die folgenden Ereignisse nur allzu rasch widerlegt wurde. Daher wird man gut daran tun, dem gläubigen Optimismus Briands mit einer gewissen Vorsicht zu begegnen.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei.

Hamburg. Der Parteitag der Reichspartei des deutschen Mittelstandes fand in Hamburg statt. Der Parteivorsitzende, Reichstagsabgeordneter Drewitz, gab den Bericht über die politische Lage. Der Redner wies darauf hin, daß gerade der Mittelstand neben den Kriegsopfern noch in der Nachkriegszeit die größten Opfer habe bringen müssen. Die Mittelstandspartei könne die deutsche Vergangenheit nicht vergessen, sie anerkenne aber auch die Gegenwart, die auch etwas Gutes habe. Im Parlament habe sich die Partei durch positive Mitarbeit darum bemüht, die Vorherrschaft der Sozialdemokratie mit brechen zu helfen.

In der Außenpolitik wie in der Wirtschaftspolitik sei die Partei gegen jede künstlich erzwungenen Erfolge. Der Redner forderte sodann Unterstützung der deutschen Landwirtschaft, Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Aenderung des Arbeitszeitgesetzes und ein vernünftiges Steuerrecht.

*

In der fortgesetzten Tagung der Wirtschaftspartei behandelte der sächsische Finanzminister Weber das Problem des Steuerrechtes und des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern. Die gesamte Last der Steuern hat zweifellos die Grenze des maßvollen weit überschritten. Hierin liege der Grund dafür, daß die inländische Kapitalbildung nur geringe Fortschritte mache und das Auslandskapital immer mehr in die deutsche Wirtschaft eindringt. Der wesentlichste Grund liege aber in den Lasten des verlorenen Krieges.

Das Aufkommen der gesamten Mietzinssteuer und Gewerbesteuer werde durch die Reparationsverpflichtungen des Jahres 1927 nahezu aufgebraucht. Oberste Aufgabe müsse sein, die unmöglichen Lasten der Reparationsverpflichtungen für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft auf ein ertragbares Maß herabzusetzen.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz sei ein vollendeter Schritt im Sinne der Erzbergerschen unitaristischen Steuerpläne. Ob die Zentralisierung unseres gesamten Steuerwesens im Interesse der bezirklich interessierten Wirtschaft liege, müsse stark bezweifelt werden. Die neuen Steuergesetze würden in der finanziellen Auswirkung eine neue Unübersichtlichkeit in die Einnahmen der Länder bringen, die kaum zu verantworten seien. Der Gesetzentwurf trage eine starke politische Tendenz in sich, indem er bewußt auf den Einheitsstaat hinsteuere. Der geschickt gewählte Name: „Steuervereinheitlichungsgesetz" mache zwar das Gesetz populär, bringe aber nicht das, was er verspreche und was die Wirtschaft erwarte.